

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerei
Tageblatt Riesa,
Riesa Nr. 20,
Postfach Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa befähigter bestimmt Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1580
Strolcher:
Riesa Nr. 22.

Nr. 29.

Mittwoch, 4. Februar 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 4 mm hohe Druckzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Wustschlag, feste Tarife. Bezahlter Rabatt erzielt, wenn der Betrag vorläufig eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeiträge, Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Dange & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gertrudenstr. 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Nömann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Bernunftpolitik auf dem Balkan?

„Bernunft künat wieder an zu sprechen“ — darf man mit diesem Faustsatz (es ist gut, nach Fürst Bismarck Selbst immer eines in der Tasche zu haben) die neueste Wendung in der Belgrader Außenpolitik begrüßen? Es wäre schön und es sind gewisse Anzeichen dafür vorhanden. Jugoslawien hört es nicht gern, daß man es als einen „Trabant Frankreichs“ bezeichnet, und ebenso wenig hört Griechenland es gern, wenn man seine freundschaftlichen Beziehungen zu Italien als ein „Fallenberhältnis“ auffaßt. Die beiden Länder, die heute nicht mehr Kleinststaaten, sondern ansehnliche Mittelstaaten sind, haben es satt, gegeneinander in Bewegung gesetzt zu werden wie Steine auf dem Schachbrett, die eine Seite von der französischen, die andere von der italienischen Hand. Sowohl an Jugoslawien wie an Griechenland grenzt das Schattenreich Sr. Majestät König von Jugoslawien an. Es ist wie ein Keil zwischen die beiden Länder eingeschoben und die Gefahr liegt nahe, daß dieser Keil von der Faust Italiens immer weiter in den Körper der Balkanhalbinsel eingedrückt werden kann. Schon das gemeinsame Interesse, diesen Druck abzuwehren, muß sehr natürlicher- und vernünftigerweise Jugoslawien und Griechenland zusammenführen. Außerdem lassen sich die Wünsche, die Jugoslawien in Bezug auf die Benutzung des Hafens von Saloniki hat, nur dann durchsetzen, wenn ein freundschaftliches, ja fast bündnisähnliches Verhältnis zwischen Belgrad und Athen besteht. Ein solches Bündnis braucht keineswegs eine feindliche Zwise gegen Italien oder überhaupt gegen irgend ein Land zu haben. Wahrscheinlich würde es die Wirkung haben, auch Rumänien in seinen Kreis zu ziehen, denn auch in Bukarest waltet seit einiger Zeit friedensfreundliche Tendenzen vor. Man kann nämlich auch in Bukarest nicht die Befürchtung unterdrücken, daß die italienischen Revisionswünsche, von denen ja die magyarische Politik lebt, dem größeren Rumänien sehr unangenehm werden könnten. Eine jugoslawisch-hellenisch-rumänische Verständigung würde fast die gesamte Balkanhalbinsel umfassen und Bulgarien müßte sich dann fügen. Welche die Ziele in freundschaftlicher Weise, so wäre sogar für dieses Unglücksland eine gewisse Hoffnung vorhanden, daß wenigstens seine dringenden Wirtschafts- und Verkehrsbedürfnisse am Ägäischen Meer erfüllt würden. Politisch wird Bulgarien freilich immer an den Folgen seiner Unglücksstrisferie von 1912 bis 1918 zu tragen haben.

Selbstverständlich darf man Balkanpolitik nur mit den Augen der Balkanländer ansehen. Es wird manche Enttäuschung in Deutschland bereiten, daß Hellenen und Rumänen sich Mussolinis Einfluß zu entziehen wünschen. Hat man doch in Berlin — und mehr noch in München — immer darauf gerechnet, daß Mussolini, verstärkt durch Bündnisse, die eine feste Kette von Rom bis Angola bilden, als mächtiger Revisionstribun in Genf auftreten werde. Der große Faschist, der über Italien mit dem Blutenbündnisregiment regiert, hat geglaubt, daß seine Diplomatie das südöstliche Europa nebst dem türkischen Vorderasien zu einem festen Bündel zusammengeschürt habe. Er hat sich aber getäuscht. Man hat genommen, was von den Vertragspartnern vorteilhaft war, und entledigt sich der Bindungen, die man nicht vorteilhaft befindet. Das ist möglich bei der Natur dieser Verträge, die ja nicht auf die Erfüllung handgreiflicher Verpflichtungen, sondern mehr auf eine Unterstützung italienischer Pläne gerichtet sind. Diese „combinazione“ sind eben gescheitert. Es zeigt sich doch, daß Mussolinis Außenwelt etwas Schamiges hat. Deshalb gerät sie auch so schnell, erzeugt aber keine dauerhaften Einwirkungen. Gute Weiser in Deutschland sollten diese Eigentümlichkeit bei der Gestaltung deutscher Außenpolitik nicht außer acht lassen.

Niederlage der lettischen Regierung

Riga, 4. Februar.

Die von der Regierung vorgeschlagene Abänderung des Zolltarifs, die eine Erhöhung der Einfuhrzölle auf Getreide, Zucker, Reis, Fleisch, Fette, Schuwaren, Textilien usw. vorsah, wurde gestern vom Landtag abgelehnt. Die Koalitionsparteien treten heute zu einer Besprechung der Lage zusammen.

Kabinettsstrife in Estland

Reval, 4. Februar.

Das Kabinettsmitglied Strandman ist zurückgetreten. Der Rücktritt ist auf Schwierigkeiten zurückzuführen, die bei der Bekämpfung des freigelegten Postens des Ministerpräsidenten entstanden sind, da zwei Koalitionsparteien, Landwirte und Neuwähler, die Neubekämpfung dieses Ministerpostens für sich in Anspruch nahmen.

Keine Einigung im englischen Baumwolltarif

London, 4. Februar.

In der gestrigen Besprechung mit den Arbeitgebern erklärten die Vertreter der Arbeitnehmer, sie seien nicht geneigt, ihre jetzige Stellung aufzugeben; sie wollten vielmehr die am 7. Februar zusammentretende Sitzung des Generalrats abwarten.

Nächste Woche auswärtige Debatte im Reichstag.

Anträge im Reichstag.

Wenn es im Auswärtigen Ausschuss gekern nicht zu einer langen Debatte über die Genfer Ratstagung kam, so war dafür offenbar der Wunsch der oppositionellen Parteien maßgebend, ihr Pulver für die von ihnen angestrebte Aussprache in der Vollversammlung des Reichstags trocken zu halten. Dr. Curtius, dessen Stellung seit den Genfer Verhandlungen auch im Innern gegenüber seiner eigenen Fraktion wie gegenüber den benachbarten Gruppen, fühlbar gestärkt ist, hat sich, wie man hört, bereit erklärt, sich ohne langen Aufschub auch im Plenum seinen Gegnern zu stellen. Man wird also nicht erst warten, bis der Etat des Auswärtigen Amtes, der im Haushaltsausschuss noch gar nicht beraten ist, an die Vollversammlung kommt, sondern voraussichtlich schon in der nächsten Woche eine Aussprache über die auswärtige Politik vornehmen. Technisch ist das ohne weiteres möglich, da zahlreiche Interpellationen und Anträge zur auswärtigen Politik vorliegen, nicht zuletzt der Mißtrauensantrag gegen Curtius, der noch im Dezember eingebracht wurde. Das Stimmverhältnis, mit dem gekern im Auswärtigen Ausschuss der Antrag gegen Deutschlands weitere Zugehörigkeit zum Völkerbund abgelehnt wurde — die Minderheit umfaßte nur die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und die Kommunisten —, läßt allerdings erwarten, daß Herr Curtius auch im Plenum den Kampf mit seinen Widersachern bestehen werde.

Schlussbericht der gestrigen Reichstagsführung.

Abg. Berlin. Die erste Reichstagsführung im neuen Jahr hatte keine großen politischen Szenen zu erleben. An den Sozialpolitischen Ausschuss sind bekanntlich der Einspruch des Reichsrats gegen die in der Sache schon erledigten neuen Arbeitsvertragsbestimmungen für den Reichsnachschichtarbeitenden 1930. Ohne große Debatte wurden auch die Berichte des Reichshausbauausschusses über die Denkschriften des Reichshausbauausschusses an den Haushaltsausschuss für 1925, 1926 und 1929 genehmigt. Ein nationalsozialistischer Antrag, der nähere Auskunft über die Verteilung der für den Neubaustand und die Verfassungsbekannt bestimmten Staatsmittel verlangte, wurde gegen die Rechte abgelehnt. Die Vorlage über die Entschädigung der gewerkschaftlichen Stellungsvermittler wurde nach kurzer Aussprache dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen. Nach dieser Vorlage sollen nur die Vermittler für Arbeiter, Bühnensangehörige, Chor- und Singsänger eine Vorentscheidung erhalten, während für die übrigen Stellungsvermittler die Entschädigung dadurch abgelehnt wird, daß sie ihren Betrieb bis zum 30. Juni 1930 fortzuführen können.

Wegen die Stimmen der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und der Kommunisten wurde der Einspruch zurückgewiesen, den die Nationalsozialisten Rastke und Dr. Goebbels gegen die Ordnungsmaßnahmen erhoben hatten, die vom Präsidenten in einer früheren Sitzung gegen sie durchgeföhrt worden waren.

Das Gesetz über die Erstattung von Kriegswohlfahrtsausgaben an die Länder und Gemeinden wurde nach kurzer Aussprache unter Ablehnung von Änderungsanträgen der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Die Nationalsozialisten lehnten für jeden ihrer Änderungsanträge die namentliche Abstimmung durch, die zur Ablehnung der Anträge mit 340 gegen 169 und 234 gegen 224 Stimmen führte.

Um 5 1/2 Uhr vertagte sich das Haus auf Mittwoch, 8 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen neben kleineren Vorlagen der Ausschüsse ein Antrag über verfallene Frischfleisch und der kommunistische Antrag auf Aufhebung der Schlichtungs- und Verordnungen des Reichspräsidenten.

Nationalsozialisten

gegen „marxistische Bürgerkriegsbege“.

Abg. Berlin. Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht, in der erklärt wird, daß von den marxistischen Parteien seit Wochen und Monaten ganz offen zum Bürgerkrieg gehetzt werde, weil man befürchte, daß die nationalsozialistische Freiheitsbewegung auf legalem Wege in den Besitz der politischen Macht gelangen könnte. Die Interpellation zielt auf Verurteilungen des Reichsbannerführers Hörsing, des Berliner Polizeipräsidenten und anderer Vertreter der Linken. Dadurch werde die Behauptung gerechtfertigt, daß die Anhänger der SPD, und die noch weiter links stehenden Elemente an den Gedanken bewaffneter Auseinandersetzungen mit ihren Gegnern gewöhnt werden sollten. Die NSDAP habe allein in den letzten Wochen neun Tote und Hunderte von Schwerverletzten zu beklagen. Die Opfer erklärten sich vor allem daraus, daß sich die Leitung der NSDAP streng an die gesetzlichen Vorschriften halte und den Waffenbesitz mit Ausschluß behre, während die Angreifer in der Regel schwer bewaffnet seien. Die Reichsregierung wird gefragt, was sie zu tun gedenke, um der marxistischen Bürgerkriegsbege entgegenzutreten und die Sicherheit der Mitbürger und Anhänger der NSDAP vor Gewalttaten zu gewährleisten.

Abg. Berlin. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einen Mißtrauensantrag eingebracht, der die Entschädigung der im Wiedernahmeverfahren freigesprochenen Personen regeln will. Es können danach Personen, die im Wiedernahmeverfahren freigesprochen oder in Anwendung eines mildernden Strafgesetzes mit einer geringeren Strafe belegt werden, eine Entschädigung aus der Staatskasse verlangen, die dem durch die Verurteilung entstandenen Schaden entspricht. Auch für den Richter- und Anwaltschaden ist dieser Erlass zu leisten.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat eine Reform der Ehecheidung beantragt, wonach die Ehe durch Uebereinkommen beider Gatten oder auf Antrag eines der Gatten vor Gericht gelöst werden kann.

Ferner liegt dem Reichstag ein umfangreicher Antrag der Landvolkfraktion vor, der die Reichsregierung ersucht, durch Vermeidung eines völligen Verfalls der deutschen Landwirtschaft und als unerlässliche Voraussetzung für die Wirkung aller Oekonomiemaßnahmen erstehtliche Maßnahmen, gegebenenfalls im Wege der Notverordnung oder der Verwaltungsordnung zu treffen. Der Antrag läßt dann für die verschiedenen Wirtschaftsbereiche die Forderungen der Landwirtschaft auf, die der Öffentlichkeit im wesentlichen schon bekannt sind.

Staatsparteiliche Anträge im Reichstag.

Abg. Berlin. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Staatspartei hat im Reichstag eine Reihe von Anträgen eingebracht. Die Reichsregierung soll ein Gesetz vorlegen, durch das eine einheitliche deutsche Reichsangehörigkeit eingeföhrt wird. Ferner soll die Exterritorialität und die sonderbaren staatsbürgerlichen Gleichheit widerstrebenden Sonderrechte der innerdeutschen Bundesländer aufgehoben werden. Die Reichsregierung soll mit Beschleunigung ein allgemeines Beamtengesetz einbringen und sich für die baldige Verabschiedung des Beamtenvertretungsgesetzes und der Dienstverordnungen im Reichsrat einsetzen. — Auch die Forderung nach einem Gesetz wird wiederholt, das den Kapitalrentnern einen Rechtsanspruch auf angemessene Verzinsung gewährt. Endlich soll durch entsprechende Vereinbarungen zwischen den beteiligten Organisationen der Krankenkassen und der Versteher dafür Sorge getroffen werden, daß sämtlichen schwerkrankenbeschädigten Renten die Zulassung zur Rentenpraxis ermöglicht wird.

Die neue Reichstags-Geschäftsordnung

Berlin, 4. Februar.

Die Verhandlungen der Reichstagsparteien über eine Verschärfung der Geschäftsordnung sind am Dienstagabend in einer neuen Besprechung unter dem Vorsitz des Reichstagspräsidenten Cöbe zum Abschluß gebracht worden. Alle Reichstagsfraktionen mit Ausnahme der Nationalsozialisten, der Kommunisten und der Deutschnationalen werden als Ergebnis dieser Verhandlungen schon heute Anträge einbringen, in denen es u. a. heißt:

Finanzvorlagen werden nach der neuen Bestimmung vom Präsidenten den zuständigen Ausschüssen überwiesen, wenn nicht die Regierung einer abweichenden Behandlung zustimmt. Ein Antrag, der eine Finanzvorlage darstellt und eine Ausgabenvermehrung oder Entnahmeleistung im Folge haben kann, wird nur dann beraten, wenn er mit einem Ausgleichsantrag zu ihrer Deckung versehen ist.

Die Bestimmungen über die Vertrauensfrage sollen dahin geändert werden, daß ein Antrag, der feststellen will, ob die Reichsregierung oder einzelne Mitglieder das Vertrauen besitzen oder nicht, nur in der Fassung eingebracht werden darf: „Der Reichstag entzieht dem Reichskanzler (bzw. Reichsregierung oder Reichsminister) das Vertrauen“. Solche Anträge sind nur im Plenum zulässig.

Interpellationen sollen zukünftig nur Tatsachen enthalten dürfen, die zur Kennzeichnung der gewünschten Auskunft notwendig sind.

Ein Redner, dem das Wort entzogen worden ist, darf es künftig in der gleichen Sitzung nicht wieder erhalten.

Nach Auffassung der Antragsteller bedarf der Gesamtantrag nur einer einfachen Mehrheit.

Auf Anregung der Sozialdemokraten werden die Parteien ferner folgenden Antrag zur Änderung des Pressegesetzes annehmen: „Wer nach gesetzlicher Vorschrift nicht oder nur mit besonderer Zustimmung oder Genehmigung strafrechtlich verfolgt werden kann, darf nicht verantwortlicher Redakteur einer periodischen Druckschrift sein“.

An der Sitzung, zu der die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und die Kommunisten nicht eingeladen waren, hatte, wie das Nachrichtenbüro des SPD, hört, auch der nationalsozialistische Abg. Rastke teilgenommen. Seine Anwesenheit fiel den übrigen An-